

# Fehlende Unterschrift bremst Bürger-Windpark aus

Vorzeige-Projekt in Langenzenn liegt auf Eis: Kritik an Seehofer und der Regierung in Ansbach — „Das Recht wird mit Füßen getreten“

Um die Energiewende in Bayern ist es ruhig geworden. Seit Ministerpräsident Horst Seehofer einen Mindestabstand von 2000 Metern zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung gefordert hat und darüber die Bundesländer entscheiden lassen will, liegen diverse Vorhaben auf Eis. Das betrifft auch ein Vorzeigeprojekt wie den Bürgerwindpark Langenzenn, den eine fehlende Unterschrift ausbremst.

LANGENZENN – Bagger haben Erdhaufen aufgeschoben, geschotterte Wege führen zu zwei riesigen, kreisrunden Flächen. Eigentlich müssten hier auf einem 80 Hektar großen Areal nordlich von Laubendorf längst fünf Anlagen der Bürgerwindenergie Langenzenn stehen. Ab 15. Dezember, so war es geplant, sollten die fünf 196 Meter hohen Windmühlen vom Typ Vestas V112 Strom produzieren. Doch dieser Termin ist nicht zu halten, wann es weiter geht, weiß niemand.

Rund 80 Bürger sind beim Ortstermin dabei, zu dem der Ansbacher Grünen-Landtagsabgeordnete Martin Stumpfing geladen hat, gekommen sind auch seine Kollegen Hans Herold (CSU) und Harry Scheuenstuhl (SPD). Plakate sind zu sehen: „Rückenwind für Bayern – Energie mit Zukunft“ und „Wir sind die Energiewende“. Wie Hohn muss es den Menschen vorkommen, dass sich ringsum, etwa auf Wilhelmsdorfer Gemeindegebiet, längst Rotorblätter drehen, ihr Vorhaben aber nicht vorankommt.

## „Echtes Bürgermodell“

Dabei ist der Windpark Langenzenn ein Projekt, wie es sich die Politiker nur wünschen können. Erich Wust, Geschäftsführer der mit der Umsetzung betrauten Wust Wind und Sonne GmbH, spricht von einem „echten Bürgermodell“. 240 Menschen aus Langenzenn und Umgebung haben Anteile von mindestens 5000 Euro genehmigt. Auch die Stadt Langenzenn sitzt mit einem solchen Anteil im Boot. Rund sieben Millionen Euro des insgesamt 25 Millionen Euro teuren Vorhabens stemmen Bürger, den Rest ein Konsortium örtlicher Banken.

17 solcher Projekte hat Wust mit seiner Firma schon realisiert, keines lief seinen Worten nach so problemlos wie



Rückenwind für ein Vorzeigeprojekt, das wünschen sich nicht nur die rund 80 Bürger, die beim Ortstermin auf dem Gelände des Langenzenner Windparks bei Laubendorf ihrer Empörung Ausdruck verleihen. Foto: Hans-Joachim Winckler

in Langenzenn. Ein ideales Gelände, über 1000 Meter betragen laut Wust die Abstände der Anlagen zur nächsten Wohnbebauung. Es habe keine Klagen von Anrainern gegeben. Ohne „Neiddiskussion“ sei die Einigung mit den 45 Grundstückseigentümern gelaufen. Die 2011 begonnene Kooperation mit der Stadt Langenzenn, deren Zusammenarbeit mit dem Planungsvorstand und dem Landratsamt Fürth als genehmigende Behörde, alles lobt Wust in höchsten Tönen.

Und jetzt geht nichts mehr. Schuld daran ist eine fehlende Unterschrift. Die müsste Thomas Bauer, Regierungspräsident von Mittelfranken, lediglich unter die Änderung des

Regionalplans der Industrieregion Mittelfranken setzen, in dem unter anderem die für die Nutzung durch Windenergie vorgesehenen Vorrang- und Vorbehaltsflächen ausgewiesen sind – und sie damit für verbindlich erklären.

Eine reine Formsache, normalerweise passiert das innerhalb von drei, bei umfangreicheren Fortschreibungen innerhalb von sechs Monaten. Letztere Frist endet heute – eigentlich, denn „in Sonderfällen“ sind laut Ruth Kronau-Neef, Sprecherin der Regierung von Mittelfranken, Ausnahmen möglich. Derzeit wird geprüft, welche Konsequenzen der Seehofer-

Kann der Regierungspräsident dann noch so einfach unterzeichnen?

Ja, findet Stumpfing, Thomas Bauer solle „Rückgrat“ beweisen und den Plan unterschreiben. „Hier wird bestehendes Recht mit Füßen getreten. Wir fühlen uns, als wären wir in einer Bananenrepublik“, ruft Wust und er-

hält dafür kräftigen Applaus. Schließlich hat man sich streng an die gültigen Bestimmungen gehalten. „Sie und wir im Stadtrat haben alles richtig gemacht“, sagt der Langenzenner Grünepolitiker Bernward Heeren an die Adresse der Bürger. Was viele umtreibt, bringt Hans Schlager, Landwirt aus Laubendorf, auf den Punkt: „Das ist nicht in Ordnung, wenn ein bayerischer Minis-

terpräsident mit einem Federstrich so etwas unter den Tisch kehren kann.“

Zumal allen Beteiligten auch wirtschaftliche Einbußen drohen: Eine geringere Einspeisevergütung und Kreditbereitstellungszinsen wären da zu nennen. Erich Wust, der ein Umspannwerk für über eine Million Euro vorfinanzieren muss, fürchtet gar um den Fortbestand seiner Firma mit zwölf Mitarbeitern. SPD-Mann Scheuenstuhl rät, Schadensersatz geltend zu machen. Hans Herold berätet, dass sich heute der Ministerrat mit der Windpark-Causa befasst. Er hofft auf „eine gute Entscheidung“. Nicht nur Langenzenn schaut nach München. HARALD EHM